

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2017

Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2016 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 1), 310 S., ISBN: 978-3-515-11591-9



„Bonn ist nicht Weimar“, wie Fritz René Allemann bereits 1956 konstatierte, und noch viel weniger Berlin. Gleichwohl prägte und prägt immer noch die Erfahrung der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie unser politisches Bewusstsein, das kulturelle allemal. Gerade die sich breit machende Angst vor Ent- bzw. Überfremdung, politischer Ausgrenzung und vor der vermeintlichen Bedrohung von „Rechtspopulismus“, einhergehend mit dem Einflussverlust der staatstragenden demokratischen Volksparteien, lassen das vergangene Weimar gegenwärtig und aktuell werden. Die Auseinandersetzung mit der ungeliebten, überforderten und letztlich auch gescheiterten Republik ist offensichtlich notwendiger denn je und wird zur mahnenden Herausforderung.

Die an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2016 gegründete „Forschungsstelle Weimar“ sowie jetzt der erste Band ihrer Schriftenreihe „Weimarer Schriften zur Republik“, der die Ergebnisse einer Berliner Tagung von 2015 zusammenfasst und präsentiert, bildet den Auftakt einer intensiven

Neubesinnung auf Weimar und leistet damit einen wichtigen Beitrag. Mit gutem Grund verweisen die beiden Herausgeber darauf, dass im Gegensatz zur 1848er Revolution und zur Frankfurter Paulskirche Weimar keinen angemessenen Ort in der deutschen Erinnerungskultur gefunden habe. Weimar gelte zwar als die inzwischen zum Weltkulturerbe erhobene Stadt der deutschen Klassik, als Gründungsort des Bauhauses und mit dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald als Stätte und Mahnmal der NS-Verbrechen, aber in der politischen Bildung, musealer Gestaltung und auch in der Wissenschaft nehme dieser „sperri-ge Erinnerungsort“ keinen zentralen Platz mehr ein. Zu Unrecht. Die anstehenden Jubiläumsjahre, beginnend mit 2018/19, sind Aufforderung genug, um Weimar aus dem Schatten des Vergessens zurückzuholen und als Erinnerungsort der Demokratie zu verstehen. Dabei darf es nicht mehr allein darum gehen, Weimar von seinem Ende und Scheitern her, quasi als Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu sehen und einseitig zu reduzieren, sondern die Offenheit und Chancen seiner Gründung, die Bilanz seiner unbestreitbaren Leistungen und die Nachhaltigkeit seiner politischen, sozialen, wirtschaftlichen sowie seiner kulturellen Existenz sollten herausgearbeitet werden.

Die inhaltliche Diskussion eröffnet Bundesjustizminister *Heiko Maas*, der sich zu Republik, Demokratie und Sozialstaat bekennt – politische Grundsätze, die von Weimar begründet wurden und heute ihre Gültigkeit haben. Er unterstützt das „Weimar-Projekt“ und fordert dazu auf, die Leistungen der Nationalversammlung stärker zu betonen, die Gründe für die Wahl Weimars als Gründungsort der Deutschen Republik darzulegen, mit Hilfe der Erinnerung sich

den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen und zwar parteiübergreifend. Geschichtsarbeit sei Teil der Kulturpolitik, so dass das Projekt auch länder- und bundesweit gefördert werden müsse.

Nach Essays und Bestandsaufnahmen des revolutionären Regimewechsels vom Kaiserreich zur Republik (*Alexander Gallus, Andreas Braune*), der Demokratiedebatte und Verfassungsfrage (*Marcus Llanque, Tim B. Müller, Christoph Gusy*) werden strukturelle Elemente Weimars im europäischen Kontext im Folgenden behandelt. Für *Ursula Büttner*, einmal mehr ausgewiesen durch ihre beindruckende Gesamtdarstellung „Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933“, war die Leugnung der Realität die bestimmende Grundeinstellung, die von Anfang an zur „Entfremdung“ von der Weimarer Republik geführt habe. Der Versailler Vertrag wurde nicht nüchtern als Folge der Kriegsniederlage betrachtet, sondern als schreiendes Unrecht, als Diktat der Siegermächte verstanden. Das als Antwort darauf resultierende „Diktat der Revision“ bestimmte die Außenpolitik und engte den außenpolitischen Handlungsspielraum erheblich ein. Wichtige Teilerfolge, wie Locarno, die Räumung des Rheinlandes und selbst die Aufnahme in den Völkerbund wurden kaum wahrgenommen und nicht gebührend gewürdigt.

Eine ähnliche Blickverengung ist auch in der Wirtschaft zu konstatieren. Zwar waren die Auswirkungen der eskalierenden Inflation bis 1923, der Weltwirtschaftskrise ab 1929 sowie die brutale Deflationspolitik Heinrich Brüning's katastrophal, bedeuteten sie doch eine Verarmung, ja Enteignung des Mittelstandes und trieben die Arbeitslosigkeit in schwindelnde Höhen, insgesamt wurden sie den Reparationsforderungen zugeschrieben und als Krisenbeschleuniger verstanden. Auch hier ist ein Realitätsverlust des kollektiven Bewusstseins offensichtlich. Subjektive und objektive Dimensionen klappten deutlich auseinander und führten zu extremen Konfliktlinien in der jungen Republik. Wie *Detlef Lehnert* in seinem anregenden Beitrag über „Weimars Chancen und Möglichkeiten“ erinnert, betrogen allerdings die Reparationszahlungen für Deutschland 1919 bis 1931 im Durchschnitt nur gut drei Prozent des Brutto sozialprodukts. Im Vergleich zu den Rüstungsanteilen im Vorkriegsjahr 1938 von 14,6 Prozent konnten, so wird argumentiert, diese Zahlungen die Volkswirtschaft kaum aus dem Gleichgewicht bringen. Generell hätte das Inflationstrauma eine kollektive Erfahrung der Benachteiligung zur Folge gehabt, wie Büttner feststellt. Unter diesen Umständen seien die Leistungen der wenigen Jahre 1924 bis 1928/30 allerdings beachtlich. Dazu gehörten die Schaffung einer liberal-demokratischen Verfassung, deren Kern sich dreißig Jahre später im Grundgesetz als zukunftsfähig erwies; die Grundlegung eines modernen Sozialstaates; die Einführung des Achtstunden-Arbeitstages; Tarifverträge und Ansätze betrieblicher Mitbestimmung; Verbesserung des Arbeitsschutzes; die Schaffung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung; sozialer Wohnungsbau; Schulreformen, um die Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu verbessern sowie der großartige Aufschwung der Kultur. Diese von Büttner zusammengetragene imponierende Leistungsschau erhält von *Franz Josef Düwells* Beitrag über „Weimar und die Organisation der Arbeit“ Differenzierung und Bestätigung. Die Weimarer Verfassung sei ein Meilenstein für die Demokratie und den sozialen Fortschritt gewesen. Sie strahlte auf viele Länder aus.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit Politikern, die den ersten Jahren der Republik ihren Stempel aufgedrückt und die zugleich als ihre Märtyrer zu gelten haben: Friedrich Ebert, Matthias Erzberger und Walther Rathenau. *Walter Mühlhausen* zeichnet die Rezeptionsgeschichte des ersten Präsidenten Weimars nach, der lange Zeit als „Arbeiterverräter“ von Links oder als „Landesverräter“ und sogar als „Novemberverbrecher“ von Rechts diffamiert wurde. Im Gegensatz zu Bismarck, aber auch zu seinem direkten Nachfolger als Staatsoberhaupt Paul von Hindenburg blieb Ebert als Konkursverwalter des Kaiserreichs relativ blass, besaß er doch keinen Hang zur Selbstdarstellung, von dem auch keine Aura ausging. Lange Zeit stand er im Schatten anderer Politiker, wie etwa Stresemanns. Die Nationalsozialisten tilgten rigoros seinen Namen aus der Erinnerung. Und in der DDR wurde er weiterhin als „Arbeiterverräter“ verunglimpft. In der jungen Bundesrepublik rückte sein Name allmäh-

lich in das historisch-politische Bewusstsein. Ebenfalls tat sich die Wissenschaft schwer mit Ebert, was auch am Fehlen eines Nachlasses lag, so dass hier tradierte Klischeebilder lange Zeit dominierten. Erst mit der Gründung der „Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte“ im Heidelberger Geburtshaus des Arbeiterführers setzte eine von Ausstellungen begleitete intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung ein, zu der Mühlhausen selbst mit einer profunden Biographie beigetragen hat. Ebert habe endlich seinen ihm gebührenden Platz „ganz vorn im historisch-politischen Traditionshaushalt der Bundesrepublik“ gefunden (S. 171).

Gleichfalls zu seinen Lebzeiten umstritten, polarisierend und stark angefeindet war Matthias Erzberger. Aus kleinbürgerlich-katholischem Milieu stammend, konnte er für das Zentrum als damals jüngstes Mitglied in den Reichstag gewählt werden, bald als scharfer Kritiker der deutschen Kolonialpolitik 1904/05 überregional von sich reden machen, der sich im Ersten Weltkrieg von einem „Annexionisten reinsten Wassers zu einem leidenschaftlichen Befürworter eines Verständigungsfriedens“ (S. 180) entwickelt habe, der 1917 für eine Friedensresolution eintrat und am 11. November 1918 als Leiter einer zivilen Delegation den Waffenstillstandsvertrag aushandelte und der schließlich als Finanzminister 1919/20 eine in ihren Grundstrukturen bis heute gültige Steuer- und Finanzreform auf den Weg gebracht habe – eine fast beispiellose Karriere, die 1921 von Mitgliedern der rechtsradikalen „Organisation Consul“ (OC) mit seiner Ermordung gestoppt wurde. Gleichwohl ist *Torsten Oppeland* skeptisch, diesen zwar als Märtyrer, aber keineswegs als Vorbild gelten zu lassen: „Erzberger war eine schwierige, ambivalente Figur, hochgradig umstritten zu ihrer Zeit und ohne Zweifel ein faszinierender Gegenstand für Historiker und auch für die politische Bildung, aber eine Identifikationsfigur für die heutige deutsche Demokratie – falls es so etwas überhaupt noch geben kann – vielleicht doch nicht.“ (S. 186f.)

Auch der jüdische Industrielle Walther Rathenau, der als damaliger Reichsaußenminister nur ein Jahr nach Erzberger ebenfalls einem Attentat der OC zum Opfer fiel, war umstritten. Allerdings – so argumentiert *Martin Sabrow* – anders als bei Erzberger hatte diese Bluttat „die Gesellschaft bis weit in das konservative Bürgertum hinein aufgerüttelt“ und – „was dem lebenden Rathenau nie vergönnt war, wurde dem toten zuteil: Über die politischen Grenzen hinweg bekundeten Millionen Deutsche ihre Trauer und ihre Abscheu vor dem Mord an dem Außenminister“ (S. 189f.). Es kam zu vorher nicht gekannte Massenveranstaltungen, die das republikfeindliche Lager regelrecht in die Defensive gedrängt habe und Rathenau über die Parteigrenzen hinaus zum Märtyrer werden ließ. In der Folgezeit würdigten Gedenkfeiern Rathenaus Verdienste: „Rathenaus Blut soll nicht umsonst geflossen sein, es ist zum Kitt für die deutsche Republik geworden“ (S. 197). Sabrows Fazit lautet: „Nicht weil Rathenau in der Weimarer Republik als einer ihrer herausragenden Vorkämpfer anerkannt war, wurde er zu ihrem Repräsentanten, sondern weil sein Lebensweg und seine posthume Rezeption die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der Republik in so besonderer Weise spiegelten“ (S. 200).

Museumsfachleute und Ausstellungsgestalter berichten über „Weimar im Museum“ und fragen generell, wie ein derart komplexes und abstraktes Sujet gestaltet und visualisiert werden kann: „Wie vermittelt man in einer Ausstellung das Positive einer weithin stigmatisierten politischen Zeitepoche?“ und wie steht „Demokratie hinter Glas“ im Verständnis einer heute erfahrbaren, gelebten Demokratie?

Alfred Rössner, Direktor des Weimarer Stadtmuseums, stellt eine seit 2014 zu sehende Sonderausstellung vor und gibt konkrete, praxisbezogene Antworten. „Zeigerobjekte“ stehen für spezielle Themen und dienen für deren haptische Vermittlung. Exemplarisch für andere Exponate steht der „Stahlhelm“, der 1916 die traditionelle Pickelhaube ablöste, weil er „splittersicher“ sei und Kopfverletzungen minimieren sollte. Der millionenfach produzierte Stahlhelm sei zum Symbol der „Frontkameradschaft“ geworden, fand Verwendung in der Revolution 1918 wie bei den Freikorps zur Bewachung der Nationalversammlung 1919. Der rechts-

konservative und republikfeindliche „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ wählte den Helm zu seinem Signet. Und bei dem von Nationalsozialisten 1933 inszenierten „Tag von Potsdam“ bildeten Helme das militaristische Gegenbild zum „Geist von Weimar“. Der vielseitig verwendete Stahlhelm wird somit zum „Einstieg“ und „Leitthema“ dieser Sonderausstellung. Aber auch Demokratie brauchte und braucht Identifikationssymbole. Die „Schwarz-rot-goldene Reichsfahne“ sollte in Anknüpfung an das Hambacher Fest von 1832 und an die Paulskirchenversammlung 1848 diese Aufgabe übernehmen, was allerdings damals zu erbitterten Kämpfen führte. Die Ausstellung möchte einen Beitrag zur Vorbereitung des 100jährigen Jubiläums im Jahre 2019 leisten. Das Stadtmuseum Weimar will zu einem lebendigen Kommunikations- und Bildungszentrum, zu einem Ort der Demokratieforschung, an dem die Geschichte der Demokratie vermittelt und deren Chancen und Bedrohung in der Gegenwart analysiert werden. Der „Gedenkort“, „Denkort“ und „Lernort“ Weimar sei als authentische Geschichtsstätte mit überregionaler Ausstrahlung für die Wissensvermittlung besonders geeignet. Hier soll – so das Fazit – „die Aktualität von ‚Weimar‘ angemahnt und Demokratie als Prozess vermittelt werden“ (S. 227).

Damit wird der Bogen zurückgeschlagen zum „Weimar-Projekt“, das von den Herausgebern *Michael Dreyer* und *Andreas Braune* angeregt und vorgestellt wird. Grundsätzlich könne man am Beispiel der Weimarer Republik sehr gut erkennen, dass jede Regierungsform dieser Art in Gefahr gerate, wenn der Grundkonsens über den Wert der Demokratie verloren gehe und kein Vertrauen mehr darin herrsche, dass auf diese Art und Weise politische Probleme gelöst werden können. Die Weimarer Republik sei dementsprechend – so fasst Braune zusammen – ein sehr aktuelles Thema. Im Gegensatz zu damals stehen die politischen Eliten Deutschlands heute allerdings auf einem strikt demokratischen Boden und sind überzeugt von unserer Verfassung. Ein genauer Blick auf den lebendigen Erinnerungsort Weimar sei derzeit aber umso wichtiger – auch, um gegenwärtigen Krisen begegnen zu können.

Heidelberg

Wolfgang Michalka

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net